

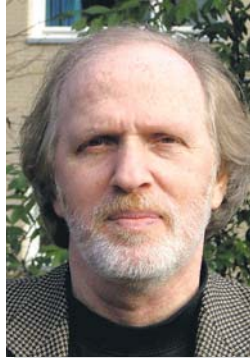
Einladung zum Bundeskongress im April

Antwort an Rechtspopulismus und Neofaschismus heute

Schwerpunkt der Arbeit unserer Bundesgremien in den nächsten Wochen ist die Vorbereitung unseres Bundeskongresses, der als Bundesdelegiertenkonferenz vom 1. bis 3. April 2011 in der Berliner Humboldt-Universität, stattfindet.

Bis zum 28. Februar 2011 können die Kreis- und Landesvereinigungen sowie Mitgliedsorganisationen Anträge stellen. Die Delegierten müssen bis zum 15. Februar gemeldet sein. Sie werden in den Kreisvereinigungen gewählt; und zwar pro angefangene 60 Mitglieder ein/e Delegierte/r. Darüber hinaus sind natürlich alle Kameradinnen und Kameraden herzlich eingeladen, als Gäste an der Konferenz teilzunehmen, ist doch der Kongress nicht nur höchstes Beschlussgremium, sondern bietet auch vielfältige Möglichkeiten des Kontakts, der Kommunikation und – nicht zuletzt – Geselligkeit. Bis Jahresende 2010 wird der Bundesausschuss den Entwurf eines Leitantes mit den wesentlichen inhaltlichen und organisationalpolitischen Schwerpunkten zur vorbereitenden Diskussion veröffentlicht.

Zum Auftakt der »Kongress-Aktivitäten« konnten wir für Freitagabend Moshe Zuckermann aus Tel Aviv für eine öffentliche Veranstaltung zum Thema »Zwischen Israel-Kritik und Antisemitismus« gewinnen.



Moshe Zuckermann

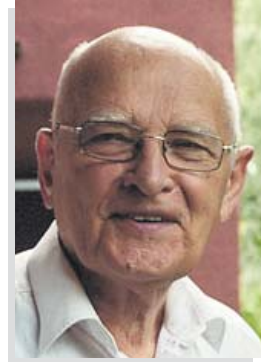
Die »eigentliche« Konferenz beginnt dann am Samstagmorgen. Der inhaltliche Schwerpunkt unserer Plenums-Diskussion am Nachmittag knüpft an Wolfgang Wippermanns Anmerkungen zum Begriff von Faschismus auf unserer Konferenz »Einspruch« und die anschließende Diskussion an, zu der Kurt Pätzold zwischenzeitlich einen grundsätzlichen Beitrag in der *antifa* geleistet hat. Wir wol-

len uns mit dem aktuellen Stand der Forschung zu verschiedenen Aspekten von Faschismus und ihrem Verhältnis zueinander, mit ihrer Gewichtung und Bedeutung für die Entstehung faschistischer Bewegungen, den Bedingungen ihrer Durchsetzung, ihrer Massenwirksamkeit befassen.

Für das Einstiegsreferat danken wir Kurt Pätzold für seine Zusage. Einzelne Aspekte des Themas, die sich auch in unserem Arbeitsprogramm für die nächsten drei Jahre widerspiegeln sollen, werden in Impulsreferaten herausgearbeitet:

- ▼ Welche Rolle spielen Extremismus-Debatte, Totalitarismus-Doktrin und Abwendung vom historischen Antifaschismus für die erstarkende Rechte?
- ▼ Rechtspopulistische und faschistische Bewegungen in Europa (U. Schneider)
- ▼ Rassismus als Brücke zwischen Alltagsbewusstsein und faschistischer Ideologie (C. Kerth)
- ▼ Militarisierung der Außenpolitik, Demokratieabbau und gesellschaftliche Entwicklung nach Rechts (U. Sander)

- ▼ Welche Rolle spielt der Neofaschismus in Deutschland und was ist zu tun? (A. Holz)



Kurt Pätzold

Am Sonntagvormittag stehen die Diskussionen und Abstimmungen zum Arbeitsprogramm und den weiteren vorliegenden Anträgen an. Dazwischen wird gewählt.

Mit Hilfe einer Internet-Plattform, die vor Jahresende fertig sein wird, sollen alle Mitglieder, Landes-/Kreisvereinigungen und Mitgliedsorganisationen die Möglichkeit haben, sich schon in der Vorbereitungsphase zu beteiligen: Berichte über die eigene Arbeit und Diskussionsbeiträge zu Anträgen können so schon im Vorfeld verbreitet werden. **C. Kerth**

Flüchtlinge wehren sich mit Hungerstreik

Menschenunwürdige Behandlung in abgelegener Unterkunft

Nostorf/Horst ist kein Einzelfall. Der Umgang mit Flüchtlingen ist überall in Deutschland (und Europa) geprägt von Ausgrenzung, Rechtlosigkeit und institutionellem Rassismus, der immer wieder Nazi-Pack ermuntert, auch ganz individuell zuzuschlagen. Antifaschist/innen sind aufgerufen, an dieser Stelle ihre Anstrengungen deutlich zu verstärken.

Am 13. September trat Herr S. aus Afghanistan in der Landesgemeinschaftsunterkunft (LGU) für Flüchtlinge in Nostorf/Horst in den Hungerstreik. Vier Tage später fanden sich rund 40 Flüchtlinge mit zugeklebten Mündern vor der Kantine ein.

Es handelt sich dort um ein Lager, das von Mecklenburg-Vorpommern (MVP) und Hamburg auch als Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA) für die ersten drei Monate genutzt wird. Mecklenburg-Vorpommern bringt dort aber gerade auch Menschen unter, deren Asylantrag abgelehnt wurde, und die nun abgeschoben werden sollen. Sie müssen dann oftmals ein Jahr oder länger auf dem völlig abgelegenen Gelände an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze leben.

Die Streikenden wurden vom Flüchtlingsrat Hamburg und der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft unterstützt. Dass die Unterkunftsleitung sofort ein Besuchsverbot verhängte und zu-

nächst auch Abgeordneten den Zugang zum Gelände verweigerte, spricht für sich.

Zu den Lebensbedingungen im Lager Nostorf/Horst dokumentieren wir aus der Presseerklärung des Flüchtlingsrates: »Die Flüchtlinge protestieren gegen

- ▼ Völlige Isolation: Flüchtlinge, die Mecklenburg-Vorpommern zugeteilt sind, müssen oftmals ein Jahr und länger in Nostorf/Horst bleiben. Sie haben kaum Kontakt nach außen, da die Unterkunft auf dem Lande liegt, acht Kilometer von Boizenburg entfernt.
- ▼ Völlig unzureichende rechtliche Beratung: Die dort untergebrachten Menschen fühlen sich mit dem Asylverfahren völlig al-

lein gelassen. Die Beratungsstelle des Flüchtlingsrats Mecklenburg-Vorpommern ist nur einmal pro Woche geöffnet. Die Mitarbeiterin muss 300 bis 400 Menschen betreuen, was unmöglich ist. Nicht einmal die Fahrten zu Rechtsanwält/innen und Beratungsstellen, geschweige denn die rechtliche Beratung durch Anwält/innen, können die Flüchtlinge bezahlen. Sie erhalten maximal 40 Euro pro Monat. Die Chance auf ein faires Asylverfahren wird ihnen so konsequent und bewusst vorenthalten.

- ▼ Völlig unzureichende medizinische Versorgung: Die Menschen

(Fortsetzung auf Seite 2)

Drei-Städte-Projekt weiter fördern

Fachtagung zum Thema »Ehemals NS-Verfolgte im Alter«

Im Rahmen einer internationalen Fachtagung am 23. und 24. September in Hamburg legte das Projekt TRANSFER aus Russland, Deutschland und Belarus erstmals Ergebnisse seiner Arbeit vor. Es stellte die Situation der ehemals Verfolgten heute in den Städten Hamburg, Minsk und Perm dar und bot somit die Voraussetzung, im weiteren Verlauf der Fachtagung die Anforderungen, Möglichkeiten und Grenzen für eine adäquate Betreuung im Alter und im Alltag mit einer Fachöffentlichkeit diskutieren zu können.

Diese Aufgabe wurde durch die herausragende Arbeit des Übersetzerteams erheblich erleichtert, das nicht nur die Sprachen, sondern auch die einschlägige Terminologie perfekt beherrschte.

Die Tagung war gut besucht und noch besser organisiert, sodass sich die Besucher/innen ganz und gar den dargebotenen Inhalten widmen konnten. Besonders beeindruckend waren immer wieder die Beiträge von Regina Lavrovich, Vorsitzende von Dolya/Ljest (Verband der NS-Verfolgten aus Minsk), die im Alter von zwölf Jah-

ren zur Zwangsarbeit nach Nazi-deutschland verschleppt wurde. Unvergesslich aber auch die Berichte der jungen Freiwilligen aus Perm und Minsk und der Ausschnitt ihres über ihren Aufenthalt und ihre Arbeit in Hamburg gedrehten Films.

Am zweiten Tag der Tagung wurden die Perspektiven von lokalen und internationalen Netzwerken von Vertreter/innen aus den Verbänden und den regionalen Behörden aus Hamburg, Minsk und Perm sowie den Akteuren der Betreuung (hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, europäische Freiwillige) beleuchtet und diskutiert. Hier gab VVN-BdA-Bundesvorsitzende Conny Kerth eine eindringliche Darstellung von Ursprung, Arbeit und Entwicklung der VVN-BdA.

Leider wurden dem Projekt TRANSFER trotz erfolgreicher Arbeit in diesem Jahr die für den Freiwilligenaustausch erforderlichen Mittel nicht weiterbewilligt. Deshalb erfüllte es alle Anwesenden mit Hoffnung, als gegen Ende des zweiten Tages die Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg Christa Goetsch in der Diskussion nach ihrem aus-

führlichen Grußwort (nachzulesen unter <http://www.psychosozialarbeit.org>) versprach, sich um die Erschließung weiterer finanzieller Ressourcen zu bemühen.

Wie kam es zum Projekt TRANSFER?

Es begann mit dem Verein Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten e.V.; er ist sozusagen die Schwesterorganisation der »Solidarischen Hilfe im Alter« und wurde fast zeitgleich mit dieser gegründet. An seiner damaligen Gründung und aktuellen Arbeit waren und sind Mitglieder der VVN-BdA beteiligt. Er kümmert sich darum, »Opfer politischer, rassistischer und sozialer Verfolgung, insbesondere auch Überlebende nationalsozialistischer Verfolgung, sowie deren Verwandte und Freunde psychosozial zu versorgen, Verfolgungsschicksale in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken und Forschungsprojekte zu Verfolgungsfolgen zu initiieren und zu unterstützen«. Unter anderem ist er Mitveranstalter des Hamburger Begegnungscafés für ehemalige NS-Verfolgte, das seit seiner Grün-

dung im Mai 2009 monatlich stattfindet, und Initiator des internationalen Projekts TRANSFER.

Das Projekt TRANSFER besteht seit 2008 und ist der Versuch einer internationalen und lokalen Netzwerkbildung zwischen drei Organisationen aus

- ▼ Hamburg: Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten e. V.
- ▼ Minsk/Belarus: Dolya/Ljest: Verband der NS-Verfolgten
- ▼ Perm/Russland: Zentrum zur Unterstützung demokratischer Jugendinitiativen (»Jugend-Memorial«).

Ziel ist, die Interessen und Bedürfnisse von ehemals Verfolgten im Alter bekannt zu machen und Formen der psychosozialen Betreuung zu entwickeln, die ihre Geschichte und das jahrzehntelange Schweigen über ihre Verfolgung berücksichtigt. TRANSFER wird seit 2009 von der Stiftung »Erinnerung – Verantwortung – Zukunft« finanziell unterstützt und unterhält einen Freiwilligenaustausch zwischen den drei Ländern, der dank der Förderung des EU-Programms »Jugend in Aktion« im Dezember 2008 starten konnte. **Traute Springer-Yakar**

Flüchtlinge wehren sich (Fortsetzung von Seite 1)

erhalten meist nur Schmerzmittel, die Überweisung zu Fachärzten wird oftmals verweigert und erfolgt ohnehin nur bei mehrfachem Nachfragen. (Anm. der Red.: Jüngst wurde bekannt, dass die katastrophale medizinische Unterversorgung im Mai dieses Jahres bereits zu einer Totgeburt im Lager geführt hatte.)

- ▼ Das Essen, so die Menschen dort, sei eine Katastrophe. Zudem sei die Mensa viel zu klein. Die Leute müssen lange draußen warten, um eingelassen zu werden, da in Etappen gegessen wird. ...«

Zusammen mit den Flüchtlingen fordert der Hamburger Flüchtlingsrat die sofortige Schließung

der Unterkunft Nostorf/Horst. Auf jeden Fall müssen alle auf Mecklenburg-Vorpommern verteilten Menschen spätestens nach drei Monaten in der ZEA Nostorf/Horst Wohnungen erhalten, in denen sie nicht isoliert unter menschenunwürdigen Bedingungen und ohne Perspektive leben müssen. Der Rat fordert den sofortigen Stopp der Unterbringung von Hamburg zugeleiteten Flüchtlingen in Horst.

Inzwischen haben Roma-Flüchtlinge aus dem Lager zusammen mit dem Flüchtlingsrat Hamburg und einigen Medienmenschen die GAL-Fraktion besucht, um diese für die Unterbringung von Familien im Lager Horst und für den Verstoß gegen das Schulgesetz durch den Senat öffentlich zur Verantwortung zu ziehen.

Wir sind gehalten, die Vorgänge weiter zu verfolgen und solidarisch zu handeln. **Cornelia Kerth**

Erscheint voraussichtlich Ende November: Neue Biografie über Jupp Angenfort



Jupp Angenfort – Sprung in die Freiheit Die Geschichten des Josef A.

Aufgeschrieben und herausgegeben von Hannes Stütz.

Nachworte von Klaus Hübotter und Ulrich Sander.

Softcover, rund 240 Seiten, etwa 19 Euro.

Bitte schnell bestellen bei VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, E-Mail: nrw@vvn-bda.de, Tel. (02 02) 45 06 29, Vorkasse erbeten unter Konto 28212435 bei Postbank Essen.

Bundesweit zahlreiche aktuelle Ausstellungstermine

»Neofaschismus in Deutschland«

LÜBECK

1. bis 5. November
 Geschwister-Prenski-Gesamtschule

SAARBRÜCKEN

9. bis 16. November
 Universität des Saarlandes,
 Foyer der Mensa
 Veranstalter/in: Projekt für
 studentische Kultur, ASTA der
 Universität des Saarlandes

OFFENBURG

11. bis 18. November
 Veranstalterin:
 VVN-BdA Ortenau

EISENACH

2. bis 19. November
 Stadtverwaltung, Markt 2
 Öffnungszeiten:
 täglich 9 bis 18 Uhr
 Veranstalter: Bündnis gegen
 Rechtsextremismus Eisenach

WISMAR

9. bis 19. November
 Filmbüro MV Wismar, Bürger-
 meister-Haupt-Str. 51-53
 Öffnungszeiten: 9 bis 17 Uhr

Veranstalter: Bündnis für
 Demokratie, Toleranz und
 Menschlichkeit Wismar

LÜBECK

10. bis 19. November
 Rathaus, Haupteingang
 Fußgängerzone Breitestr.,
 Großer Börsensaal
 Öffnungszeiten: täglich außer Sa:
 10 bis 20 Uhr, Sa: 10 bis 17
 Uhr, am 16.11. geschlossen.

10. November, 19 Uhr
Ausstellungseröffnung mit
Innensenator Bernd Möller
und Ernst Heilmann

Einführung: Dr. Axel Holz, Bun-
 dessprecher der VVN-BdA
 Veranstalter/in: Bündnis »Kein
 Naziaufmarsch in Lübeck« und
 ver.di Nord

BERLIN

1. bis 26. November
 TU Berlin, Hauptgebäude,
 Straße des 17. Juni 135,
 Lichthof Galerie II
 Mo bis Fr: 9 bis 21 Uhr
 Veranstalterin:
 AStA der TU Berlin

Die Ausstellung
 in der TU Berlin
 wird begleitet von
Abend-
veranstaltungen,
 immer montags,
 18 Uhr, Hauptge-
 bäude der TU,
 Raum H 2038.
 (Programm und
 Änderungen unter
 www.asta.tu-
 berlin.de)

8. November
 »Der 9. November
 1938«

15. November
 Gedenkpolitik oder Volkstrauer

22. November
 Neonazis in Jugendkulturen

und Freitag, 26. November
 Finissage

RÖBEL

22. November bis 3. Dezember
 Der Engelsche Hof, Jugendbil-
 dungsstätte Alte Synagoge Rö-

bel, Kleine Stavenstr. 9-11
 Mo bis Fr: 10 bis 16 Uhr

Montag, 22. November
Ausstellungseröffnung
mit Dr. Axel Holz
 Veranstalterin: Jugendbildungs-
 stätte Alte Synagoge Röbel

ECKERNFÖRDE
22. November bis 5. Dezember
 Integrierte Gesamtschule,
 Sauerstraße
 Veranstalterin: ver.di Nord



Antifa-Jugend-Treffen – macht mal Pause

Wir sehen uns aber noch einmal vor Dresden ...

In den letzten 15 Jahren, seit es das bundesweite Antifaschistische Jugendtreffen jeweils Anfang Januar in Berlin gibt, ist eine Menge passiert.

Das Treffen hat über die Jahre einen festen Platz im Kalender vieler mehr oder weniger junger Antifaschist/innen erhalten, ein Treffen, das mensch am Vorabend der Liebknecht-Luxemburg-Demo in Berlin gerne »mitnimmt«. Es hat sich zu einem wichtigen Instrument unserer Bündnisarbeit mit Jugendorganisationen, Gewerkschaften und unabhängigen Antifa-Gruppen entwickelt. Gleichzeitig ist es Diskussionsforum, Kontaktbörse, Treffpunkt von internationalen Gästen und überregionales Schaufenster der VVN-BdA. Dies haben wir

auch der Arbeit von Esther Broß und Paul Bauer und der Kreisvereinigung Ortenau zu verdanken.

Wir, die Organisator/innen wollen uns jetzt eine kleine Atempause nehmen, um 2012 mit neuen Ideen und neuen Mitstreiter/innen ein »rundum erneuertes« AJT zu organisieren. Nach 15 Jahren ist es an der Zeit Rückschau zu halten, das Jugendtreffen zu überprüfen und seine Ausrichtung und Bestimmung zu hinterfragen. In den letzten Jahren haben sich regional und bundesweit (Jugend-)Treffen von unabhängigen Antifa-Gruppen, Schüler-Koordinationen, Gewerkschafts- und Partei-Jugendorganisationen etabliert. Wir wollen uns fragen wo unser Platz darin ist.

Wir möchten untersuchen, was unser Treffen sein kann: ein Ort um

junge Menschen an die VVN-BdA heranzuführen und (dringend benötigte) neue Mitglieder zu gewinnen, eine alljährliche Antifa-Konferenz, die es einem breiten Spektrum von Menschen ermöglichte, sich mit der Arbeit von aktiven Antifaschist/innen auseinanderzusetzen? Ist es der Ort, wo das antifaschistische Vermächtnis unserer Gründer/innen weitergegeben wird?

In welcher Form, wo und wann und mit welchen Mitwirkenden und Zielgruppen unser nächstes AJT stattfindet, möchten wir in den nächsten Monaten diskutieren, und zwar mit möglichst vielen Mitgliedern der VVN-BdA und unseren Bündnispartner/innen. Wir werden diese Diskussion zeitnah organisieren und versuchen allen Interessierten die Möglichkeit geben, dar-

an teilzunehmen - mit ihren Erfahrungen, Vorstellungen und ihrer Kritik. Für Anfang 2011 ist eine »Zukunftswerkstatt« angedacht, zu der wir euch rechtzeitig einladen werden.

Am 8. Januar 2011 in Berlin muss aber keiner und keine die VVN-BdA vergeblich suchen: Blockieren ist unser Recht - wir werden eine Mobilisierungsveranstaltung für die Blockaden des geplanten Neonaziaufmarschs im Februar in Dresden organisieren. Und Zeit zum Quatschen gibt's dann natürlich auch noch.

Vorbereitungskreis des AJT

Nähere Auskunft über bundesbuero @vvn-bda.de, dorthin bitte auch Anregungen und Kritik senden. Auf neue Mitstreiter/innen freuen wir uns.

Enthüllungen über Dr. Ernst Achenbach

Späterer FDP-Politiker betrieb Deportation französischer Juden in den Tod

Im Rahmen der Aktion »Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« ist die VVN-BdA bestrebt, über die Rolle der Täter aus den ökonomischen Eliten der Nazi-Zeit öffentlich Aufklärungsarbeit zu leisten. Zu den besonders nachhaltig wirkenden Tätern gehörte der Nazi-Diplomat und später führende FDP-Politiker Dr. Ernst Achenbach aus Essen. Er hatte großen Einfluss sowohl vor als auch nach 1945. Jetzt hat sich der Rat der Stadt Essen mit Achenbach und der von der VVN-BdA geforderten Aufklärung über ihn befasst – allerdings ablehnend.



Dr. Ernst Achenbach

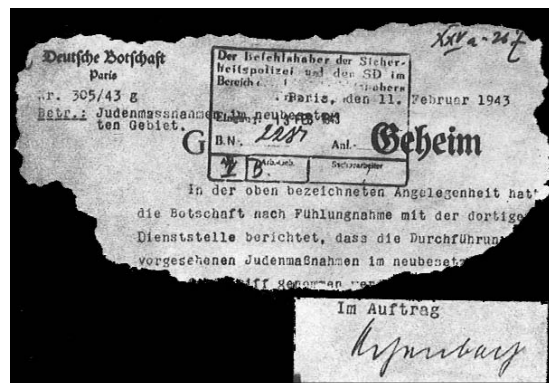
Am 30. Januar beschloss der Landesausschuss der VVN-BdA NRW diesen Antrag an den Rat der Stadt Essen zu richten: »An den Rat der Stadt Essen. Es wird beantragt: An der Geschäftsstelle der FDP in Essen wird eine Mahntafel angebracht mit einem Text, der darauf hinweist, dass in der Nachkriegs-FDP in Essen Dr. Ernst Achenbach (1909-1991) eine bedeutende Rolle gespielt hat. Bei ihm handelte es sich um den Geschäftsführer der »Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft« und Mitwirkenden an der Deportation französi-

scher Juden in die Vernichtungslager der Nazis. In der FDP wirkte er dafür, dass in ihr führende Nazis mitwirken durften und dass die NS-Verbrecher straffrei blieben. Die Tafel soll auf die verhängnisvolle Rolle von Wirtschaftskreisen in der NS-Zeit hinweisen. Sie soll der Mahnung dienen, solche Verbrechen nie wieder zuzulassen.«

Am 4. Oktober teilte der Oberbürgermeister der Stadt Essen mit, der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden des Rates habe sich mit dem Antrag befasst. Nachdem eine Stellungnahme der Familie Achenbach vorlag, habe man sich einvernehmlich geeinigt, sich inhaltlich nicht weiter mit dem Anliegen der VVN-BdA zu befassen. Wegen »schwerwiegender Recher-

chefehler« der VVN-BdA solle die sich gegenüber der Familie Achenbach entschuldigen, regten zwei Ratsfrauen an. Die VVN-BdA hatte ihre Recherchen nicht nur in dem Text für eine angeregte Tafel niedergeschrieben, sondern auch in einer Broschüre. Die VVN-BdA will weiter über das profaschistische Treiben des Dr. Achenbach vor wie nach 1945 aufklären. Die Partei DieLinke bot an, dies zu unterstützen. Serge und Beate Klarsfeld aus Paris, die schon seit 1971 demonstrativ über Achenbach informierten, steuerten inzwischen weiteres Beweismaterial bei. So wird betont, dass Dr. Werner Best (Stellvertreter Heydrichs als Chef des Reichssicherheitshauptamtes) und Prof. Dr. Franz Six (SS-Brigadeführer, Abtei-

lungsführer im Reichssicherheitshauptamt) nach 1945 enge Mitarbeiter von Achenbach waren; sie arbeiteten in seiner Essener Rechtsanwaltskanzlei an dem Projekt, sämtliche NS-Kriegsverbrecher zu amnestieren. Für ihre Kriegsverbrechen wurden sie ebenso wenig bestraft wie Achenbach. -der



»Im Auftrag - gez. Achenbach«, steht unter einem Brief, den die Nazibotschaft in Paris 1943 an den SD richtete. Darin wurde verlangt, die »vorgesehenen Judenmaßnahmen« sofort in Angriff zu nehmen. Achenbach, damals Gesandtschaftsrat in Paris, wurde später Bundestagsabgeordneter der FDP

Foto und Faksimile aus: »die unbewältigte Gegenwart – eine Dokumentation«, Hg. vom Präsidium der VVN in Frankfurt am Main, 1962. Der Bildtext bezieht sich auf die Illustrierte »Revue« vom 26. November 1960.

Regionalkonferenz »Aktiv gegen Rechts« erfolgreich

In Alsdorf trafen sich die Antifa-Aktivist:innen aus dem Aachener Raum

Anfang Oktober trafen ungefähr 100 Aktivist:innen aus den verschiedenen Initiativen gegen Rechts in der Region Aachen zusammen, um auf einer 2. Regionalkonferenz einen ganzen Tag über Strategien gegen Nazi-Aufmärsche und die weitere Vernetzung ihrer Arbeit zu diskutieren. Zur Beginn der Konferenz begrüßte der Bürgermeister von Alsdorf Alfred Sonders die Gäste in der Gustav Heinemann Gesamtschule. Auch die stellvertretenden Bürgermeister:innen aus Stolberg und Aachen sprachen Grußworte. Sie bestätigten das Bild der Demonstrationen der vergangenen Monate. Parlamentarische Politik und

außerparlamentarische Initiativen hatten Hand in Hand gegen Nazi-Aufmärsche protestiert. Für die Organisatoren bedankte sich Kurt Heiler von der VVN-Bund der Antifaschisten für die herzliche Aufnahme der Konferenz in Alsdorf.

Zu Beginn der Konferenz hörten die Teilnehmer ein Referat von Professor Wolfgang Dreßen (Krefeld), der über den gesellschaftlichen Nährboden von Rassismus sprach. In der Mittagspause gab es Gelegenheit zur Information an den zahlreichen Infoständen. Hier präsentierten Bürgerinitiativen Informationen über die lokale Aufarbeitung der Geschichte des NS-Re-

gimes. Eine Vernetzung dieser Arbeit war auch Inhalt eines gut besuchten Arbeitskreises unter Leitung der Volkshochschule Aachen. In anderen Arbeitskreisen wurde über die Inhalte und das Auftreten neofaschistischer Gruppen informiert. In einer weiteren Arbeitsgruppe wurden Strategien erörtert, den jährlichen Aufmarsch von Neonazis Anfang April in Stolberg zu verhindern. Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass viele Formen des Widerstands sich ergänzen und keineswegs gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Es ist eine Stärke des Antifaschismus, die Unterschiede in den Auffassungen zu akzeptieren und dabei das Gemein-

same in den Mittelpunkt zu stellen. Und das Gemeinsame in dieser Frage ist: Es muss endlich Schluss sein mit den jährlichen Zumutungen der Stolberger durch Naziaufmärsche. Die Teilnehmer verabschiedeten eine Erklärung, in der sie als Ziel der Konferenz im kommenden Jahr festlegten, den Nazis nicht nur hinterherzulaufen, sondern eigene gesellschaftspolitische Perspektiven zu entwickeln. So soll zum Beispiel geklärt werden, was es heute heißt zu fordern: »Wir wollen mehr Demokratie wagen«. Das Motto der Konferenz soll deshalb lauten: »Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung«.

Frank Thyssen/Kurt Heiler

Reservistentreffen fiel auf unfruchtbaren Boden

Bundeswehr-Provokation zur Landesgartenschau in Hemer

Mit relativ einfachen Mitteln wurde am 28. September erreicht, dass eine Militärschau bei der Landesgartenschau in Hemer (Sauerland) nur auf Sparflamme stattfinden konnte. Die Veranstalter fürchteten ein Negativimage für die Gartenschau. Friedensgruppen und die VVN-BdA zogen eine Mahnwache auf und informierten die Anwesenden wie auch die Medien.

Schon am 6.11.2009 hieß es in der *Westfälischen Rundschau*: »Es dürfte eines der größten Reservistentreffen des Landes werden, wenn am 28. September 2010 auf der Landesgartenschau der 'Bundeswehrtag' veranstaltet wird. Panzer können besichtigt werden. Marschmusik erklingt.« Ja und Kinder dürfen das Töten mittels Bundeswehrgerät simulieren. »Eigentlich erleben wir auf diesem Gelände den Zauber der Verwandlung, wie Schwerter zu Pflugscharen werden«, sagt die Gartenschauleitung.

Aber hier wurde das Töten propagiert. Das stellten Friedensgruppen und die VVN-BdA fest, die zum Protest riefen. Allein die Ankündigung half. Nach dem Tag der Bundeswehr meldete die *Westfälische Rundschau* kleinlaut, es sei nur eine kleine Präsentation in der früheren Garnison geworden. »Recht spärlich« habe sich die Bundeswehr präsentiert. Die Enttäuschung der Reservisten sei groß gewesen. Vorher hatten die Reservisten und die Gartenschauleitung behauptet: »Mit dem Bundeswehrtag stellen wir uns unserer Geschichte.« Aber wie? Für friedliche Menschen war es nie hinnehmbar, dass die Bundeswehr eine Kaserne benutzt, die lange Jahre der Misshandlung und Tötung von Kriegsgefangenen diente. Und so war es auch nicht hinnehmbar, dass die Bundeswehr erneut in Hemer – auf dem nun zur Gartenschau umgewandelten Kriegsgefangenenengelage und Bundeswehreal – erschien. Denn zu dieser Geschichte gehört der Mord an zigtausenden



Mahnwache vor dem Stalag- und Gartenschauengelände.

Bild: Inge Trambowski

Kriegsgefangenen auf dem Gelände im 2. Weltkrieg.

Jürgen Schuh von der VVN-BdA: »Wir wollen nicht, dass hier für Militär und Krieg geworben wird. Wir wollen eine friedliche Landesgartenschau. Und wir wollen eine Landesgartenschau des Gedenkens an das Stalag VIA - wie es ja auch in einem Gedenkraum auf dem Gelände zu Ausdruck gebracht, aber mit der Anwesenheit

der Bundeswehr wieder in Frage gestellt wird.«

Mit drei Millionen Todesopfern unter den sowjetischen Kriegsgefangenen ist diese Opfergruppe eine der größten gewesen. Zigtausende kamen in Hemer ums Leben. Mindestens 25 000 von ihnen sind auf den Friedhöfen am Stadtrand in Massengräbern begraben. Weitere starben im Arbeitseinsatz als Zwangsarbeiter in der Ruhrwirtschaft; allein im Zeitraum von Juli bis November 1943 starben im Ruhrbergbau 28 000 Gefangene.

Und hier marschierte nun wieder die Bundeswehr auf. »Wir sind es den Opfern schuldig, uns dagegen zu wehren.« Verurteilt wurde auch, dass mit den Reservistenverbänden und dem Bundeswehrverband zwei besonders militaristische Großorganisationen für sich werben durften. Diese Verbände sind durchsetzt mit rechtsextremistischen Kadern. Erst kürzlich wurde es von den Verbandsführungen abgelehnt, den NPD-Vorsitzenden Udo Voigt, Hauptmann der Reserve, auszuschießen. Auch andere Nazikader sind dabei. Das war schon seit Gründung dieser Vereinigungen so, denn sie haben auch die Reservisten aufgenommen, die schon in der Wehrmacht dienten. Viele waren schon im Krieg an schweren Kriegsverbrechen beteiligt.

Ulrich Sander

Dortmund am 4. September »Demonstrationsrecht wurde mit Füßen getreten«

In Dortmund hat die VVN-BdA einen Bürgerantrag gestellt, um eine Strategie des Rates einzufordern, die zur Beendigung der Serie von Naziaufmärschen in der Stadt führt.

In einer Debatte zu den Ereignissen am 4. September in Dortmund, als Nazis zum sechsten Mal versuchen, einen geschichtsrevisionistischen Aufmarsch zum Kriegsbeginn 1939 durchzuführen, wurde ein Beschluss gefasst, der von dem VVN-BdA-Antrag stark abwich. Allerdings wurde verurteilt, dass zugunsten der Nazis den Bürgern das Versammlungsrecht weitgehend streitig gemacht wurde und es wurde gefordert, dass der Landtag und die Landesregierung sich der Sache annehmen. Die VVN-BdA war dafür eingetreten, dass das Prinzip, dass die Polizei in einer hochpolitischen Frage, nämlich des Umgangs mit Naziaufmärschen, das Heft des Handelns hat, nicht aber die demokratisch gewählten Politiker; es wurde ferner die Anwendung der einschlägigen Bestimmungen aus Grundgesetz und Strafgesetzbuch gegen die Nazis verlangt.

Im Landtag von NRW hat zudem die Fraktion der Partei DieLinke eine Kleine Anfrage zu Polizeiübergriffen auf friedliche Sitzblockierer bei den Protesten gegen den Naziaufmarsch am 4. September in Dortmund durch die nordrhein-westfälische Landesregierung eingebracht. Zur Antwort der Landesregierung erklärte Anna Conrads, innen- und rechtspolitische Sprecherin der Fraktion u.a.: »Die Antworten des Innenministeriums werfen ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis der Landesregierung. Am 4. September ist das Grundrecht auf Demonstrationenfreiheit der

(Fortsetzung auf Seite 6)

Bitte vormerken:

VVN-BdA NRW
 Workshop »Bündnispolitik«

Sa., 11. Dezember,
 9 bis 19 Uhr

Naturfreundehaus Solingen
 Wald, Eipaßstr. 25 b

Der ganztägige Workshop soll beitragen zu einem Aktionsprogramm, das die Landesdelegiertenkonferenz im Februar 2011 abschließt.

Anmeldungen bitte an das Landesbüro in der Gathe 55, 42107 Wuppertal-Elberfeld, senden. Per E-Mail bitte anmelden unter tramschuh@t-online.de

Redaktion: Ulrich Sander
 Landesbüro der VVN-BdA NRW,
 Gathe 55, 42107 Wuppertal,
 Tel.: (02 02) 45 06 29
 Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
 Konto 28212-435, BLZ 36010043

Rechte Positionen breiten sich aus

Proteste gegen Wilders, Stadtkewitz, »Pax Europa« und Co.

Mehrere hundert Menschen folgten am 2. und 3. Oktober dem Aufruf des Bündnisses »Rechtspopulismus stoppen«, um gegen Rassist/innen zu protestieren, die unter dem Deckmantel von »Islamkritik« gegen die gleichberechtigte soziale, politische und kulturelle Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen – insbesondere auch von Musliminnen und Muslimen – hetzen wollten.

Es darf durchaus als Erfolg unserer Proteste in den letzten Monaten gewertet werden, dass seitens der Behörden mit ernstzunehmenden Gegenaktivitäten zum Auftritt von Geert Wilders in Berlin gerechnet wurde. So geriet dessen Auftritt zu einer »Insider«-Veranstaltung. Im Zusammenspiel mit der Polizei versuchten die Veranstalter/innen, den Veranstaltungsort geheim zu halten und bis zuletzt die Mobilisierung gegen den Werbeauftritt des Rassisten und Rechtspopulisten Geert Wilders für die in Gründung befindliche Partei »Die Frei-



Demonstration gegen »Pro Deutschland« am 3. Oktober am Breitscheidplatz. Bild: kappa photo

heit« zu ver- bzw. wenigstens zu behindern. Trotz hoher Geheimhaltungsstufe gelang es in kürzester Zeit etwa 200 Gegendemonstrant/innen zum Hotel Berlin zu mobilisieren, so dass der rassistische Event nicht unwidersprochen blieb. Gleiches gelang uns ebenfalls am Sonntag, als die Außen-

wirkung einer »Sarrazin-Soli-Party« von »Pro Deutschland« von rund 300 Mitstreiter/innen sogar auf Null reduziert werden konnte. Über unseren Protest berichteten zahlreiche Medien. Unser Dank gilt hier allen aktiven Bündnispartner/innen und Unterstützer/innen, auch aus der Berliner VVN-BdA.

Trotz der unbestreitbaren Erfolge wird zugleich deutlich: Das Thema »Rechtspopulismus« und »Rassismus« erweist sich weniger mobilisierungsfähig als Großproteste gegen Nazi-Veranstaltungen. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen, die analysiert werden müssen.

Die rechtspopulistischen und rassistischen Organisationen in Deutschland sind derzeit zersplittert, zerstritten und scheinen personell kaum erwähnenswert. Dies erschwert eine Mobilisierung gegen in der Öffentlichkeit eher als Randgruppen wahrgenommene rechte Irrlichter. Deren organisatorische und strukturelle Schwäche, für deren Überwindung Geert Wilders eingeladen wurde, darf aber nicht über ihre Gefährlichkeit hinwegtäuschen. Denn das Potential an Zustimmung zu rassistischen, sozialdarwinistischen und -chauvinistischen Positionen und Argumenten ist groß und geht weit über die Anhängerschaft von »Pro«-Bewegungen bis zu »Pax Europa« hinaus. Und zwar in allen Klassen und Schichten sowie in Parteien, Ge-

werkschaften, Verbänden etc. Dies ist nicht neu, zeigt jedoch die gewachsene Akzeptanz einer oft rassistisch daherkommenden Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik.

So kann auch die breite Zustimmung zu Sarrazins rassistischen und eugenischen Phrasen kaum überraschen. Die Einbindung von Personen, die den rechten Rand der etablierten Parteien durch immer neue vermeintliche Tabubrüche weiter nach rechts verschieben, ist das Eine. Das permanente Hinterherhecheln hinter einfachen, bei der Bevölkerung deshalb beliebten, rechtspopulistischen Losungen und Lösungen, die nicht die Komplexität von Ursachen und Wirkungen gesellschaftlicher Probleme erklären, das Andere.

Letzteres ist aber das das Gefährlichere. Sarrazin soll zwar nicht eingebunden, sondern aus der SPD ausgeschlossen werden. Indes ist die Einbindung rechter Inhalte in vollem Gange, wie die Äußerungen des SPD-Parteivorsitzenden Gabriel zu Sanktionen gegen vermeintliche »Integrationsunwillige« zeigen. Dies alles führt in der politischen Landschaft zu einer Verschiebung nach rechts. Rechte Positionen sind Teil des offiziellen Diskurses und werden gar nicht mehr als rechts wahrgenommen. Genau eine solche Entwicklung hat es in den letzten 20 Jahren gegeben, nicht nur in der Politik, auch in Teilen der Medien und Gesellschaft.

Deshalb ist und bleibt Widerstand gegen Rechtspopulist/innen und Rassist/innen wichtig! Er ist eine ständige Aufgabe. Unsere Wachsamkeit darf deshalb nicht nachlassen!

Dirk Stegemann

NRW

(Fortsetzung von Seite 5)

»Demonstrationsrecht wurde mit Füßen getreten«

Nazigegner wortwörtlich von der Polizei mit Füßen getreten worden. Ich erwarte für die Zukunft, dass Nazigegner ihr Demonstrationsrecht uneingeschränkt ausüben können, ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit geachtet wird und die menschenverachtende Internierung in Käfigen umgehend gestoppt wird.«

Dass es bei den Einsatzmaßnahmen zu gewalttätigen Übergriffen seitens der eingesetzten Beamten – darunter schmerzhaftes Nasengriffe, die im Ergebnis auch zu herausgerissenen Piercings führten – auf die friedlichen Sitzblockierer auf den Bahnsteigen des Dortmunder Hauptbahnhofes gekommen ist, ist belegbar (<http://www.arbeiterfotografie.de/galerie/reportage/index.html>). Conrads: »Dass das Innenministerium bemüht ist, die Verantwort-

ung dafür einzig auf die Bundespolizei abzuschieben, wird den Opfern der brutalen Attacken keineswegs gerecht.« Die Landesregierung stellt in ihrer Antwort die unzutreffende These auf, dass Nazigegner nicht von der Polizei daran gehindert worden seien, Gegenveranstaltungen aufzusuchen und daran teilzunehmen. Der Innenminister hatte ferner behauptet, dass die Ingewahrsamnahmen beim »G8-Gipfel« 2007 in Heiligendamm von Gerichten nicht als rechtswidrig eingestuft wurden und von Bürgerrechtsgruppen nicht beanstandet worden seien. Dies sei unzutreffend.

Der Landesausschuss der VVN-BdA NRW beschloss, den ursprünglich an den Rat der Stadt Dortmund gerichteten Antrag nunmehr als Petition an den Landtag zu richten. **–der**

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29 78 41 78
Fax: (030) 29 78 43 78
Internet: <http://berlin.vvn-bda.org>
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten sehr um Spenden
für die Berliner VVN-BdA
Postbank Berlin
Konto-Nr.: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Seit 20 Jahren – und doch wieder anders

Tag der Erinnerung und Mahnung 2010 am Lustgarten

Der neue Standort für den Tag der Erinnerung und Mahnung hat sich in jeder Weise als eine gute Wahl erwiesen. Wir haben am 12. September den lebendigen Antifaschismus in die Mitte der Stadt, an den Lustgarten, getragen und Tausende kamen. Wir sind, das lässt sich in aller Bescheidenheit sagen, mehr als in den Vorjahren wahrgenommen worden, nicht nur von unserem »Stammpublikum«, sondern auch von zahlreichen Touristen. Die Diskussionen waren spannend, Straßentheater und Musikprogramm fanden viel Anklang, und das Abschlusskonzert mit der »Bolschewistischen Kurkapelle« war ein stimmungsvoller Höhepunkt.

Diesen erfolgreichen Sonntag verdanken wir nicht allein dem guten Wetter, sondern vor allem der Vorbereitung Weniger und des Einsatzes Vieler an diesem Tag. Ohne sie hätten wir den diesjährigen Gedenk- und Aktionstag nicht so umsetzen können.

Deshalb allen Beteiligten ein großes Dankeschön für ihre engagierte und umsichtige Arbeit: denen, die Pläne für den neuen Standort schmiedeten, die Idee skizzierten und damit das Bezirksamt überzeugten, uns den Platz zu überlassen, den Charlottenburger VdA-Gedenkaktivisten die mit den OrganisatorInnen des Fahrradkorsos, den Tag eröffneten, allen, die so viele vorzügliche Kuchen vorbeibrachten und den charmanten Verkäufer/innen am Antifacafè. Einbeziehen möchten wir alle, die Ausstellungen auf- und abbauten, die Transparente, Plakate und Planer anbrachten, Verkehrsschilder schlepten, sich um Zeitzeug/innen und Schriftsteller/innen kümmerten, die Diskussionen auf dem Podium und im Zelt moderierten, Kinder hüpfen und malen ließen, das Cateringzelt aufbauten, für das Catering einkauften und den guten Geist im Backstage-Bereich. Allen, die das Kulturprogramm koordinierten und moderierten sowie Talks führten. Nicht zu vergessen, diejenigen, die Flyer und Plakate entwarfen, für den Druck sorgten,



Tag der Erinnerung & Mahnung 2010 am Berliner Lustgarten: Besucher vor der Neofauststellung.

Bild: Hofmann

sie dann unter die Leute und an die Wände brachten, eine kluge Broschüre über 20 Jahre Tag der Mahnung vorlegten, aber auch denjenigen, die Pressemitteilungen erarbeiteten, die Website aktualisierten, die Übersicht über die Finanzen behielten, Infomaterial an 250 Schulen verschickten, und vieles

andere mehr, was im Kontaktbüro am Franz-Mehring-Platz erledigt und geklärt wurde.

Nicht vergessen werden soll das kompetente Team, das sich um eine sinnvolle Verteilung der Stände bemühte, bis hin zu den Frauen und Männern, die an den Ständen die Gebühren kassierten. Auch den

Ordnern und denjenigen, die am Infostand geduldig und sachkundig Auskunft gaben, gilt unser Dank. Ebenso den zahlreichen Unterstützern und vielen Spendern, die es ermöglicht haben, dass wir den Gedenk- und Aktionstag wieder finanzieren konnten. Bei denjenigen, die wir vielleicht nicht erwähnt haben sollten, bitten wir um Nachsicht, schon die aufgezählten Aktivitäten zu koordinieren, überstieg manchmal unsere Kapazitäten.

Nach dem Gedenktag ist vor dem Gedenktag, also haben wir sofort am 13. September die Fläche zwischen dem Dom und der Alten Nationalgalerie für den 11. September 2011 angemeldet.

Eines hat die diesjährige ehrenamtliche Vorbereitung jedoch auch gezeigt: Wir brauchen mehr Mitstreiter/innen, um den zweiten Sonntag im September noch besser zu planen, langfristiger vorzubereiten und ihn mit neuen Impulsen und Partner/innen weiterzuführen. Deshalb trifft sich der Vorbereitungskreis für den Tag der Mahnung 2011 bereits am 18. November 2010 um 19 Uhr am Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude) im Raum 610. Alle, die Lust, Zeit und neue Ideen haben, die vielleicht auch liebgewordene Gewohnheiten hinterfragen wollen, sind dazu herzlich eingeladen. Auf ein Neues, wir freuen uns.

Markus Tervooren

20 Jahre Tag der Erinnerung und Mahnung **Broschüre zur Erinnerungsarbeit**

Studenten der Humboldtuniversität haben sich im Rahmen eines Praktikums mit dem »Tag der Erinnerung und Mahnung« beschäftigt. Aus ihrer Sicht auf den Gedenk- und Aktionstag, der einen festen Platz in der Berliner Erinnerungskultur inne hat, ist eine instruktive und übersichtliche A5-Broschüre mit 32 Seiten entstanden. Ausgangspunkt ist der von Überlebenden der Konzentrationslager und Zuchthäuser in den frühen Nachkriegsjahren begründete Tag der Opfer des Faschismus (OdF-Tag). Im weiteren verbinden die Autoren antifaschistische Gedenkpolitik mit Themen, die seit 1990 den Aktionstag gegen Rassismus (Pogrome und »Asylkompromiss«, Flüchtlingspolitik), gegen Neonazismus (Nazis in den Parlamenten, Antikapitalismus von rechts, Kriminalisierung von An-



tifaschismus) und gegen Krieg (Friedensbewegung und Antimilitarismus) prägten. Die Broschüre wendet sich an Mitglieder der VVN, an Multiplikatoren, Bündnispartner und an junge Menschen. Gegen eine Spende ist die Publikation über die Berliner VVN-BdA erhältlich, siehe Impressum.

Bündnisse und Hindernisse

Rege Diskussionen bei der LDK der VVN-BdA Bayern

Für Florian Ritter, seit 2003 als Abgeordneter für die SPD im Bayerischen Landtag, gaben verschiedene Aspekte der Politik von CSU und Staatsregierung den Ausschlag, sich in Sachen demokratische Grundrechte und Antifaschismus intensiver zu engagieren und eindeutiger zu positionieren als er es ursprünglich – von seinen Arbeitsschwerpunkten her – vorgesehen hatte. Der Regierungs-Umgang mit dem antifaschistischen Dokumentationsarchiv A.I.D.A. und mit der VVN-BdA sorgten noch einmal für einen zusätzlichen Anstoß. Weshalb Ritter – als Gastreferent zur VVN-BdA-Landeskonferenz Anfang Oktober in Ingolstadt eingeladen – sich den Delegierten als neu eingetretenes Mitglied ihrer Vereinigung vorstellte.

Den Einstieg ins Thema hatte vorher Renate Hennecke, VVN-Landesvorstandsmitglied und Redakteurin der Deutsch-Tschechischen Nachrichten, mit einem faktenrei-



MDL Florian Ritter und Renate Hennecke bei der Diskussion mit den Delegierten. Bild: Parvin Ghahraman

chen Beitrag über entsprechende aktuelle Entwicklungen in der EU gegeben. In Florian Ritters Referat ging es dann um »Gleichsetzungen von ‚links‘ und ‚rechts‘ mittels ‚Totalitarismus‘-Theorien und ‚Extremismus‘-Begriffen«. Schon seit längeren gebe es Versuche von Staatsregierung und CSU, auf die »Gedenkkultur« Einfluss zu nehmen. Dabei wiederhole die CSU, so der Referent, »einen historischen Fehler aus der Weimarer Republik«: Sie wolle politische Hegemonie herstellen – und als Vehikel diene ihr dabei die Totalitarismuskonzeption.

Als Beispiele führte Florian Ritter unter anderem den Umgang mit der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung »Vom Rand zur Mitte« an (die für Bayerns Schulen auf den »Index« gesetzt wurde), die »Bewertungsverschiebungen«, die – als es um Gegner und Opfer des Faschismus ging – bei den Feierlichkeiten zum 65. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau aufgefallen seien, und die »Extremismus«-Ausführungen von Innenminister Herrmann bei der Gedenkfeier für die Opfer des Oktoberfest-Attentats.

Auch bei der Diskussion zum Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes waren solche »Totalitarismus«- und »Extremismus«-Konstrukte ein Thema. Insgesamt ergab sich eine recht beachtliche Bilanz von Aktivitäten der bayeri-

schen VVN-BdA – vom Bemühen um Gedenkstätten, um das Einbeziehen von Überlebenden des NS-Terrors und deren Nachkommen in die Verbandsarbeit, um Geschichtsforschungen, um internationale Kontakte und um das Engagement vor Ort und auf Landesebene gegen neofaschistische Provokationen und Gewalt. Im Rück- und Ausblick wurde vor allem über de-

mokratische und antifaschistische Bündnispolitik diskutiert. Ein von Martin Löwenberg in die Konferenz eingebrachtes Diskussionspapier des VVN-Kreisvorstandes München bot dafür viele Anregungen.

Diese Diskussionen müssen und werden weitergehen. Nicht »akademisch«, sondern stets auf die jeweilige Praxis an einzelnen Orten bezogen. An Anlässen dafür wird es weiterhin nicht mangeln. Einer davon ist bereits der 13. November. Da wollen die Neonazis in München wieder zum »Heldengedenken« aufmarschieren. Ein breites Bündnis von Personen und Organisationen hat dagegen zum Widerstand aufgerufen. **E. A.**

Gewählt wurden:

Landessprecher/innen: Ernst Grube, KZ-Überlebender, München; Luise Gutmann, Regensburg; Friedbert Mühldorfer, München; Günter Pierdzig, Bamberg; Johanna Wittmann, Ingolstadt.

Schriftführer: Dr. Guido Hoyer, Freising.

Kassiererin: Gerlinde Mahler, München, sowie 16 weitere Mitglieder des Landesvorstandes, unter ihnen der KZ-Überlebende Martin Löwenberg.

Revisionskommission: Norbert Flach, Amberg, Gerlinde Zollner, München.

Beschwerdekommission: Mariele Chochola, Landshut, Klaus Poweleit, Oberammergau.

Ein Teil der neu oder wieder in den Landesvorstand und seine Gremien Gewählten kommt aus Familien, die in der NS-Zeit Opfer von Verfolgungen waren.

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Widerstands-Würdigung im Werdenfelser Land

Ehrungen für Probst und Haushofer

An zwei von den Nazis ermordete Widerstandskämpfer wurde und wird heuer mit Kulturveranstaltungen im Werdenfelser Land erinnert.

Am Forsthaus Graseck hoch über der Partnachklamm bei Partenkirchen wurde im September im Rahmen des Garmisch-Partenkirchner Kultursommers das Freilicht-Drama »Flucht in die Heimat« von Harald Helfrich und Kai Irina Hahn aufgeführt. Es ist dem Geografen und Schriftsteller Albrecht Haushofer gewidmet, der an der Verschwörung gegen Hitler beteiligt war und am 23. April 1945 ohne Gerichtsverhandlung durch Gnickschuss hingerichtet wurde.

Nach dem missglückten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 hatte er sich auf dem Graseck-Bauernhof der Witwe Anna Zahler verborgen, wo er dann doch Ende des Jahres von der Gestapo festgenommen wurde. Haushofer wurde von Michael Grimm (bekannt aus den Fernsehserien »Dahoam is dahoam« und »Die Rosenheim-Cops«), Anna Zahler von Conny Glogger eindrucksvoll dargestellt.

Das Werdenfelser Bündnis gegen Rechtsextremismus erinnert, beginnend mit dem 6. November, an Christoph Probst. Anlässlich seines 91. Geburtstages wird am Geburtshaus des Widerstandskämpfers der Weißen Rose in der

(Fortsetzung auf Seite 9)

Für Frieden und Gerechtigkeit

Antikriegstags-Gedenken bei Moosburg



Gedenkfeier von DGB und Stadt bei Moosburg.

Bild: Werner Rauch

In Moosburg ist seit langem gute Tradition, den Antikriegstag am 1. September mit einer Feier an der Gedenkstätte Stalag VII A in Oberreit zu begehen.

Auch in diesem Jahr übernahm die Stadt die Schirmherrschaft für die vom DGB getragene Gedenkveranstaltung »Für Frieden und Gerechtigkeit – Nein zum Krieg!« Es sprachen der 2. Bürgermeister

Martin Pschorr, Christoph Frey, Vorsitzender des DGB Region München, und VVN-BdA-Landesgeschäftsführer Dr. Guido Hoyer, der als DGB-Vorsitzender des Kreisverbandes Freising-Erding das Hauptreferat hielt.

Hoyer schilderte das Schicksal der eingesperrten sowjetischen Kriegsgefangenen, sprach über den »Kommissarbefehl«, der zur Verschleppung und Ermordung Hunderter in diesem Stalag Eingesperrter im KZ Dachau führte, erwähnte aber auch den Versuch eines mutigen Majors, die Gefangenen vor SS und Ermordung zu retten.

Guido Hoyer ging zudem auf heutige Kriege in Afghanistan und anderswo ein: »Setzen wir uns ein gegen Ausbeutung und Hunger, für gerechte Verteilung, für Demokratie, Gewerkschaftsrechte und sozialen Fortschritt: Dann erreichen wir mehr für den Frieden als alle »Sicherheitsexperten« und »Militärstrategen« zusammen. Der Versuch, Globalisierungskonflikte mit Waffengewalt notdürftig unter Kontrolle zu halten, ist zum Scheitern verurteilt. Wir brauchen eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, oder mit den Worten der Widerstandsgruppe »Weiße Rose«: »Jedes Volk, jeder einzelne hat ein Recht auf die Güter der Welt!«

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 53 17 86
Fax: (089) 5 38 94 64
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!

Öffentliche Erklärung Regensburger Wirte

Wir bedienen keine Nazis!

»Kein Frühling für Faschisten« hieß eine Ausstellung, die mehrere Wochen im »Café Picasso« in Regensburg zu sehen war. Mit den Bildern wollte Künstler Gerhard Beham aus dem Münsing vor allem Jugendliche ansprechen: »Auf sie zielt die NPD ab.« Die jungen Menschen sollten wissen, dass diese Partei für die Todesstrafe, für Revanchismus und in der Tradition eines menschenverachtenden Systems stehe.

Anlass der Ausstellung war die Aktion »Keine Bedienung für Nazis«. Nach dem Überfall einer Gruppe von Neonazis auf das »Café Picasso«, bei dem ein Barkeeper krankenhaushausreif geprügelt wurde, wurde der Wirt des Lokals, Sion Israel, aktiv – unterstützt unter anderem von der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, der Gewerkschaft ver.di und den Jusos.

Inzwischen haben sich über 100 Gastronomen angeschlossen und eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Der Künstler Beham, der aus Medienberichten von der Aktion erfahren hatte, stellte seine Ausstellung spontan und kostenlos zur Verfügung. In der öffentlichen Erklärung der Wirte, beachtet auch von zahlreichen überregionalen Medien, steht als Resümee:

»Wir sagen Nein zu Intoleranz und Rassismus, die das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Kulturen in Regensburg stören. Um die Stadt und ihre Einwohner, die Touristen, unsere Gäste und unser Personal vor diesen Übergriffen zu schützen, erklären folgende Gastronomiebetriebe: Nazis und andere Rassisten haben in unseren Räumen nichts zu suchen. Wir dulden keine rassistischen, diskriminierenden Äußerungen in unserem Lokal. Wir werden diese Leute nicht bedienen!«



Ein Werk von Gerhard Beham aus der Ausstellung »Kein Frühling für Faschisten«.

(Fortsetzung von Seite 8)

Kohlgruber Str. 20 in Murnau eine Gedenktafel angebracht. Probst wurde im Februar 1943 im Münchner Gefängnis Stadelheim mit dem Fallbeil hingerichtet. Die Gedenkfeier ist Teil einer ganzen Veranstaltungsreihe. Im Kultur- und Tagungszentrum von Murnau gibt es eine Ausstellung über die Weiße Rose, der Film »Die Weiße Rose« von Michael Verhoeven aus dem Jahr 1982 wird im Kino gezeigt und zu einem Vortrag »Widerstand damals und heute« eingeladen.

Das Bündnis gegen Rechtsextremismus möchte so den Wider-

standskämpfer Probst mehr ins öffentliche Bewusstsein rücken. Bisher ist eine Straße nach ihm benannt, im Staffelsee-Gymnasium erinnert eine kleine Säule an ihn und seit Mai am Königsweg eine Infotafel, die auf Initiative des Bündnisses aufgestellt wurde. Nun wünscht sich das Bündnis, dass alljährlich am Todestag des Widerstandskämpfers mit einer Feier seiner gedacht wird. Christoph Probst hatte das siebte Flugblatt der Weißen Rose entworfen. Darin hieß es: »Hitler und sein Regime muss fallen, damit Deutschland weiter lebt.«

»Überzeugungstäter« aus dem Erzgebirge

Annaberg-Buchholz: Eine aktive VVN-BdA-Gruppe mischt sich ein

Annaberg-Buchholz im Erzgebirge ist eine alte Bergstadt mit großen Traditionen. Seit Jahrhunderten sind hier der Bergbau und die Posamentenfertigung zu Hause. Die Stadt zählt in sechs Stadtteilen rund 22 000 Einwohner. Während der Weimarer Republik galt das Erzgebirge als das Armenhaus Deutschlands. Hier entwickelte sich eine linke Arbeiterbewegung, die sich zu Beginn der 1930er-Jahre mutig der faschistischen Bewegung entgegenstellte.

Mit Beginn der Naziherrschaft im Frühjahr 1933 wurde im Annaberger Schützenhaus ein frühes KZ eingerichtet, in dem Hunderte Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Kommunisten und andere Nazi-gegner festgehalten und gequält wurden. Daran erinnert heute eine Gedenktafel. Eine weitere Gedenktafel an der Gaststätte »Feldschlößchen« erinnert an den Todesmarsch von 400 überwiegend französischen KZ-Häftlingen aus dem Außenlager Neu-Staßfurt des KZ Buchenwald, die im April 1945 bis Annaberg getrieben wurden und von denen nur 65 überlebten. Hervorragende Vertreter des antifaschistischen Widerstandes waren Otto Ullrich, der als Kurier Informationen, Zeitungen und Flug-schriften über die nahe tschechische Grenze schmuggelte und dafür im Schützenhaus grausam misshandelt wurde. Auch an Hans Ulbricht erinnern sich die Annaberger VVN-Kameraden, der als Partisan am jugoslawischen Volksbefreiungskrieg teilnahm und noch im hohen Alter Kreisvorsitzender



Der VVN-Kreisvorstand Annaberg-Buchholz ist einer der jüngsten im Landesverband Sachsen.

der VVN und Mitglied des sächsischen Landesvorstandes war.

Der VVN-BdA-Kreisverband Annaberg-Buchholz zählt heute 16 Mitglieder. Unter ihnen sind keine ehemaligen Opfer des Faschismus oder deren Angehörigen mehr - alle sind »Überzeugungstäter«, Menschen, die sich zur Bewahrung der Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand und an die Opfer zusammen gefunden haben, und die gegen den Neofaschismus in ihrer Region wirken.

Gute Kontakte haben die VVN-Kameraden unter Vorsitz von Karlheinz Köhler zu Schulen und Einrichtungen der Stadt und des Alt-kreises Annaberg. So führen sie all-jährlich am 27. Januar, am 8. Mai und am zweiten Sonntag im Sep-tember Gedenkveranstaltungen durch, an denen viele Schüler und Vertreter demokratischer Parteien und Gewerkschaften teilnehmen.

Diese Schüler konnten den Zeit-zeugen Justin Sonder aus Chemnitz an ihrer Schule begrüßen. Er berichtete von seinen schrecklichen Erlebnissen im KZ Auschwitz. Diese Veranstaltung war Auftakt des Projektes, welchen sich Schüler und Lehrer gleichermaßen verpflichtet fühlen. Und am 8. Mai 2005 fand im Eduard-von-Winterstein-Theater in Annaberg-Buchholz eine musikalisch-literarische Gedenkveranstaltung des Landkreises Annaberg zum 60. Jahrestag der Befreiung statt. Eingeladen war auch die VVN-BdA. Das hat in Annaberg lange Tradition. Bereits 1947 organisierte die VVN hier eine viel beachtete Ausstellung über die Gräueltaten der Nazis in der Region.

Die VVN-BdA Annaberg ist Mitglied im Netzwerk Demokratie und Courage Sachsen. Viele Veranstaltungen organisieren die Mitglieder des regionalen Netzwerkes gemeinsam. Auch tauschen die Aktiven Informationen aus, so dass alle angemessen reagieren können.

Die Kameraden berichteten, dass in der letzten Zeit auch in ihrer Region Grabstätten und Gedenksteine - in Annaberg, in Thum, in Jöhstadt - geschändet wurden. Dank der Zusammenarbeit im Netzwerk konnten sie schnell wieder hergestellt werden. Im Kreisvorstand der Annaberger VVN liegt ein Katalog der Gedenkstätten vor, welcher den Schulen für den

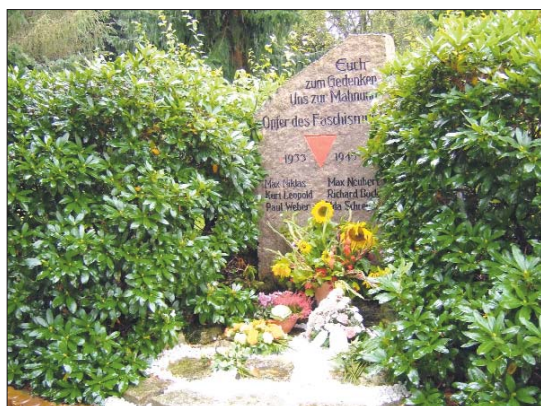
Geschichtsunterricht zur Verfügung steht.

In der VVN-Arbeit kommt auch die soziale Betreuung der meist älteren Verbandsmitglieder nicht zu kurz. Sorgen bereitet den Kameraden ihre Altersstruktur. Junge Menschen, die sich zum Antifaschismus bekennen und aktiv werden wollen, haben Scheu, sich in unserem Verband zu organisieren. Das »Bindeglied« der Altersgruppe der 30- bis 40-jährigen fehlt.

An der Aktion der VVN-BdA zum NPD-Verbot nahmen die Annaberger aktiv teil. So ist im Internet der Standpunkt des Kreisvorsitzenden Karlheinz Köhler zu lesen: »Das NPD-Verbot ist schon lange überfällig. Es ist eine Schande für Deutschland und hat nichts mit Demokratie zu tun, eine solche Partei, die das Grundgesetz und die Verfassung mit Füßen tritt und offen neofaschistisches Gedankengut verbreitet, noch staatlich zu unterstützen.« Und Vorstandsmitglied Horst Schwind aus Ehrenfriedersdorf schrieb: »So lange unser Staat die NPD schalten und walten lässt, so lange werden sich diese Herren noch fleißig aus dem Staatssäckel bedienen. Durch ein Verbot dieser Partei sieht das schon anders aus. Da kann dann auch mit gesetzlichen Mitteln gegen sie vorgegangen werden. Denn nur mit Worten, ohne Verbot, kann man gegen diese Partei nichts werden. Die Zeit ist reif dafür. Wehret den Anfängen.«

Für die nächste Zukunft haben sich die erzgebirgischen Antifaschisten vorgenommen, noch mehr und öfters in die Öffentlichkeit zu treten. Sie denken darüber nach, so wie in anderen Städten für Opfer des Faschismus in Annaberg und anderen Erzgebirgsstädten Stolpersteine verlegen zu lassen. Man kann gewiss sein, künftig noch manches von der VVN-BdA aus dem Erzgebirge zu hören.

Peter Giersich



Das Denkmal in Ehrenfriedersdorf. Seine Pflege haben Schüler der Friedensschule übernommen.

V.i.S.d.P: Peter Giersich
Redaktion: Landesverband Sachsen
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de

Protestaktion am Kriegsklotz

Erinnerung an die Opfer der NS-Militärjustiz

Der »Kriegsklotz« ist ein in der Nazizeit in der Nähe des Hamburger Dammtorbahnhofs errichtetes monumentales Kriegerdenkmal mit der Aufschrift: »Deutschland wird leben, auch wenn wir sterben müssen.« Am 11. September wurde dieses Denkmal mit einem großen Transparent verhüllt, auf dem die Namen von 68 Opfern der Nazi-Militärjustiz stehen. Die Aktion wurde von der Willi-Bredel-Gesellschaft, der VVN-BdA und anderen Organisationen veranstaltet.

Die Willi-Bredel-Gesellschaft hatte nach diesen Namen geforscht. Alle Opfer wurden wegen »Fahnenflucht« oder »Wehrkraftersetzung« zum Tode verurteilt und auf dem Ohlsdorfer Friedhof bestattet. Dort wurde im Sommer das Transparent zum ersten Mal gezeigt.

Hauptredner auf der Kundgebung vor dem Kriegsklotz war Ludwig Baumann, Vorsitzender



Zwei Wochen zierte das Borchert-Zitat den Kriegsklotz am Bf. Dammtor.

der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Baumann war im Krieg in Frankreich stationiert. 1942 hatte er die Sinnlosigkeit des Krieges eingesehen und verließ zusammen mit seinem Freund Kurt Oldenburg die Wehrmacht. Beide wollten zunächst ins unbesetzte Frankreich und dann in die USA. An der Grenze wurden sie von einer deutschen Zollstreife entdeckt, festgenommen und später zum Tode verurteilt. Baumann saß zehn Monate in der Todeszelle, wurde aber schon vorher zu zwölf Jahren Zuchthaus »begnadigt«. Er durchlief dann mehrere Lager und kam

ins Wehrmachtsgefängnis nach Torgau. Sodann wurde er in ein Strafbataillon gesteckt, von dem nur wenige überlebten. Baumann hatte das »Glück«, 1944 in der Ukraine verwundet zu werden. Er erlebte die Befreiung vom Faschismus in einem Lazarett.

Nach 1945 litt er darunter, dass Deserteure der Nazi-Wehrmacht als Feiglinge beschimpft wurden. Erst 1990 machte er sein Schicksal öffentlich und gründete mit 36 anderen schon betagten und meist gebrechlichen Männern die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Nach langem Kampf hob der Bundestag am 17. Mai 2002 die Nazi-Gerichtsurteile gegen Deserteure und »Wehrkraftersetzer« auf.

Die Verhüllung des Kriegsklotzes war vom Bezirksamt Mitte genehmigt worden. Zwei Wochen hing das Transparent dort, ehe es wieder entfernt wurde. Zur Abschreckung vor Diebstahl wurde der Platz mit Video überwacht. Ziel der Aktion war, dass in Hamburg ein Denkmal oder eine Gedenktafel mit den 68 Namen errichtet wird.

Hans-Joachim Meyer

Gedenkorte in Harburg

Neue Stolpersteine in Harburg

Am 29. September verlegte der Kölner Künstler Gunter Demnig in Harburg 14 neue Stolpersteine.

Darunter sind sieben Gedenksteine für deportierte und ermordete Jüdinnen und Juden (Elisabeth Polach, Elfried und Hanni Gumprecht, Olga und Philipp Baruch, Georg Cohn und Leo Jacobsohn), vier für verurteilte kommunistische Widerstandskämpfer, die im Krieg ins Strafbataillon 999 gesteckt wurden und dort umkamen oder verschollen sind (Erich Kromberg, Wilhelm Lührsens, Otto Dreier, Paul Jungmann).

Ein weiterer erinnert an den Kommunisten Otto Gromball, der im Zuchthaus Rendsburg unter ungeklärten Umständen zu Tode kam, ein anderer an den Arzt Dr. Helmut Bartsch, der mit einer Jüdin verheiratet war und den vermutlich andauernde Diskriminierungen in den Selbstmord trieben. Außerdem wird nun per Stolperstein an Jakob Wendt aus Neuenfelde erinnert, der schon in jungen Jahren an Demenz erkrankte und in der Todesfabrik Pirna-Sonnenstein in Sachsen ermordet wurde.

Bei den Einweihungen in Harburg war auch Edith Kraus zu Gast. Die Jüdin hat im Gegensatz zu ihrer Mutter Elisabeth Polach Auschwitz überlebt, weil sie im Sommer 1944 von SS-Lagerarzt Josef Mengele zum Arbeiten in Hamburg selektiert wurde. Seit 1945 lebt sie in den USA und Israel.

hjm



Diese Zeichnung fertigte Oskar Kusch kurz vor seiner Hinrichtung im Mai 1944. Quelle: www.bredel-gesellschaft.de

»Gedenken in Harburg« und Jahresabschluss: Antifa-Kalender für Hamburg

Veranstaltungen der Initiative »Gedenken in Harburg« zum Thema Transporte jüdischer Kinder ins Exil:

4. November bis 2. Dezember Ausstellung:

»Aus Kindern werden Briefe«
Bücherhalle Harburg, Edelbüttelstr. 47a. Geöffnet mo, do 11-19 Uhr, di, fr 10-18 Uhr, sa 10-

14 Uhr, mi und so geschlossen.

Montag, 8. November Mit dem Kindertransport ins schwedische Exil. Zeitzeugengespräch mit Peggy Parnass.
Harburger Rathaus, Harburger Rathausplatz, 19 Uhr

Dienstag, 16. November Cornelia Kerth (VVN-BdA) liest

und erzählt aus dem Leben von Eberhard Zamory, der als Kind nach England kam und nach dem Krieg als britischer Soldat nach Hamburg zurückkehrte.
Bücherhalle Harburg, Edelbüttelstr. 47a, 20 Uhr

Donnerstag, 25. November Film »Kindertransport – in eine fremde Welt«
Oskar-Preisträger 2000. Gemeindezentrum St. Johannis, Bremer Str. 9-13, 19 Uhr

Sonntag, 19. Dezember Jahresend-Feier im VVN-Büro
Bei Kaffee, Kuchen und einem Gläschen Sekt lassen wir das Jahr gemeinsam ausklingen, sprechen über Vergangenes und Kommendes. Alle Mitglieder, Freundinnen und Freunde sind herzlich willkommen – über eine Voranmeldung freuen wir uns, das erleichtert die Planung. Tel.: (040) 31 42 54. Hein-Hoyer-Str. 41, 15 bis 18 Uhr

Eine Freundschaft, die im Krieg begann

Niederländer Peter de Knecht legt Bericht einer bewegenden Spurensuche vor

Im September erschien in deutscher Übersetzung das Buch »Olinka. Eine Freundschaft, die im Krieg begann« des Niederländers Peter de Knecht. Dessen Vater Abraham kam als junger Familienvater aus Rotterdam im Krieg zur Zwangsarbeit zuerst nach Harburg, dann ins Lager am Falkenbergsweg in Neugraben. Neben diesem Lager entstand im Herbst 1944 ein Außenlager des KZ Neuengamme mit etwa 500 Jüdinnen aus der Tschechoslowakei, die im Sommer 1944 von Auschwitz in den Freihafen ins Lager Dessauer Ufer gekommen waren.

Obwohl beide Lager in Neugraben durch einen Zaun getrennt sind, freundet sich der Zwangsarbeiter mit einer der Jüdinnen namens



Olinka an. Er hilft ihr, Kontakte zu ihren Verwandten in der Tschechoslowakei zu knüpfen, denn gefangene Juden dürfen keine Post verschicken. Nach dem Krieg begibt sich Sohn Peter de Knecht zusammen mit Hana, Olinkas Tochter,

auf Spurensuche einerseits von Rotterdam nach Neugraben, andererseits von Prag über Theresienstadt, Auschwitz und Hamburg nach Neugraben, und davon handelt das Buch. Olinka hat die Lager überlebt, wozu die Freundschaft mit Abraham de Knecht ganz wesentlich beigetragen haben dürfte.

Über die Harburger Lager existieren schon Bücher und Berichte. »Olinka« ist jedoch das erste Harburger Buch aus der Sicht der Betroffenen selbst. Am 22. Oktober wurde es öffentlich in Neugraben vorgestellt. Gelesen hat Peter de Knecht, der eigens zu diesem Zweck nach Hamburg angereist kam. Das Buch ist für 9 Euro im Harburger Buchhandel zu haben oder kann über aj@frauajansen.de bestellt werden. **hjm**

Peter de Knecht: Olinka. Eine Freundschaft, die im Krieg begann. Aus dem Niederländischen übersetzt von H. J. Meyer. Ergänzt von Karl-Heinz Schultz: Die Barackenlager am Falkenbergsweg in Neugraben. Hrsg.: Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost. 134 Seiten, ISBN 978-3-00-031881-8.

Redaktion: H.-J. Meyer

Nächster Redaktionsschluss ist Donnerstag, der 16. Dezember.
Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle VVN-BdA Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 314254
E-Mail: vnv-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für Hamburger VVN-BdA!

Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg
Haspa, BLZ 200 505 50
Kto-Nr. 1206/127 183

Heimliche Nazi-Sympathisanten in der Justiz?

»Maßnahmen gegen Gegendemonstranten« angeordnet

Es ist eigentlich eine erfreuliche Tendenz, dass sich immer mehr Menschen aktiv und kreativ neofaschistischen Aufmärschen und Provokationen entgegenstellen. Friedliche Blockaden konnten die größten Naziaufmärsche in den vergangenen Monaten in Dresden und Dortmund verhindern bzw. erheblich behindern. Damit stößt die neofaschistische Aufmarschstrategie, der sich auch die NPD verbunden fühlt, an ihre politischen Grenzen und verliert ihre Wirkung in der Sympathisantenszene.

Und in dieser Situation, in der antifaschistisches Handeln von Demokraten unterschiedlicher Orientierung effektive Wirkung zeigt, erwachsen der NPD und den militanten Kameradschaften neue Sympathisanten, die man bislang nicht an ihrer Seite vermutet hatte, nämlich aus der Justiz. Zwar ist es bekannt, dass einzelne Richter höchster deutscher Gerichte sich als heimliche

Berater von Gerhard Frey von der DVU betätigt haben, aber dass es den Anschein hat, als habe auch die NPD solche Verbindungen, ist neu. So ist auffällig, dass in den vergangenen Monaten mehrfach Verwaltungsgerichte unterschiedlicher Instanzen – nicht nur in Eilverfahren, sondern auch in der Hauptsache – Naziaufmärsche juristisch legitimiert hatten.

Konnte man früher vielleicht den Eindruck gewinnen, manche Kammern der Verwaltungsgerichte würden nur deshalb in Eilentscheidungen die Anträge der Neonazis zumeist durchwinken, weil sie keine weitreichenden politischen Entscheidungen treffen wollten, wurde man jüngst erst wieder eines schlechteren belehrt. Während Stadtverwaltungen und Ordnungsbehörden andernorts in ausführlich begründeten Gefahrenanalysen Neonazi-Provokationen untersagten oder sich weigerten – wie im Falle Friedberg und Dresden –, den friedlichen Protest der Bürger mit Polizeigewalt aufzulösen, erklärte

das Verwaltungsgericht in Gießen das Vorgehen der Polizei in einem solchen Fall nicht nur für »unverhältnismäßig«, sondern für »rechtswidrig«. Das Gericht erklärte unmissverständlich, die Polizei hätte, um in Friedberg 180 Neonazis durch die Stadt laufen zu lassen, »Maßnahmen gegen die Gegendemonstranten« ergreifen müssen (AZ 9K10 59/10 VG Gießen).

Offenkundig sind Naziaufmärsche und faschistische Propagandaprovokationen für manche Richter gleichzusetzen mit dem Recht eines Kirmesveranstalters, über die Sperrstunde hinaus Musik laufen zu lassen. Zu einer solchen Entscheidung kann aber nur kommen, wenn man die hier propagierten Inhalte und Ziele bewusst ignoriert. Dann ist es auch möglich, dass sich rassistische und faschistische Propaganda auf das Demonstrationsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung beruft.

Sollten solche Entscheidungen Bestand haben, dann käme auch

die NPD-Sachsen mit ihrem Antrag durch, den Polizeieinsatz in Dresden vom Februar 2010 als rechtswidrig zu bezeichnen und die Einsatzkräfte zu verpflichten, zukünftig Blockaden zu räumen und den Nazis die Straße frei zu prägen. Vor dem Hintergrund einer solchen Rechtsprechung wird es noch schwieriger, den oft bereits aggressiv auftretenden Polizeieinheiten den friedlichen Widerstand der Bürger entgegenzusetzen. Ungeachtet dieser Entscheidungen bleiben die Erkenntnisse richtig: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Und Blockieren bleibt unser gutes Recht! **Bernd Kant**

Redaktion: Peter Altmann

Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93, 60318 FfM,
Tel. und Fax: (069) 597 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Erinnerungsinitiative für Ettie und Peter Gingold in Frankfurt gestartet

Trägerkreis mit breiter politischer Zusammensetzung

Die in der vorigen Ausgabe der *antifa* angekündigte Gründung der Peter-Gingold-Erinnerungs-Initiative ist erfolgt. Über zwanzig Gründungswillige – zu denen noch einmal genauso viele Unterstützerinnen und Unterstützer kommen – waren am 21. September im Frankfurter Gewerkschaftshaus zusammengekommen, um die Erinnerungs-Initiative aus der Taufe zu heben.

Die Initiative will nicht nur dafür sorgen, dass die Erinnerung an den ehemaligen Widerstandskämpfer, den Frankfurter jüdischen Kommunisten und engagierten Antifaschisten Peter Gingold erhalten bleibt, sondern auch selbst Beiträge zur Erinnerungsarbeit leisten.

Die Gründungsmitglieder entschieden sich dafür, sowohl Peter wie auch Ettie Gingold in den Namen der Initiative aufzunehmen. Schließlich war Ettie Gingold ebenso wie Peter sowohl im Widerstand in Frankreich wie auch in den Jahren nach 1945 in Deutschland – insbesondere in der Friedensbewegung – sehr aktiv. Sie legte großen Wert auf die Durchsetzung des Zie-



Ettie und Peter Gingold – erinnern, lernen, aktiv werden.

Bild: Löser

les »Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!« Das Engagement von Peter Gingold ist ohne Ettie, seine bereits 2001 verstorbene Frau und Mutter der beiden Töchter Alice und Silvia, kaum denkbar und so sollen beide auch in der Erinnerung zusammengehören.

Ganz im Sinne des antifaschistischen Engagements von Peter Gingold will die Erinnerungs-Initiative mit verschiedenen Aktivitäten und Projekten Beiträge zur Bekämpfung von Neofaschismus,

Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus leisten. Dabei ist sowohl an Veranstaltungen, Ausstellungen, Dokumentationen wie auch an Jugend- oder Schüler-Wettbewerbe zu entsprechenden Themen gedacht.

Als erstes Projekt bereitet die Initiative zum 95. Geburtstag von Peter Gingold im März 2011 eine Veranstaltung in Frankfurt am Main über Leben, Wirken und Vermächtnis des 2006 neunzigjährig verstorbenen Antifaschisten vor.

Wohl wissend, dass die Existenz und Fortdauer der Initiative von der kontinuierlichen Tätigkeit einer arbeitenden Gruppe abhängt, war es entscheidend, dass sich rund zehn Personen bereit gefunden haben zur Mitarbeit in der Arbeitsgruppe der Initiative.

Hinzu kommt eine »Beratergruppe«, die als eine Art Ideenwerkstatt Anregungen und Unterstützung dafür geben soll, was gemacht werden kann. Zur Mitwirkung in dieser Gruppe haben sich über fünfzehn Personen gemeldet, die ihrerseits in den verschiedensten Bereichen (Gewerkschaften, Parteien, Sozialverbänden, kirchlichen Einrichtungen oder in anderen Gruppen und Initiativen) tätig sind und deshalb über entsprechendes Wissen, Erfahrungen und Verbindungen verfügen.

Darüber hinaus gibt es weitere Unterstützer der Initiative, darunter örtliche und regionale Vorstandsmitglieder aus dem DGB, dem Naturfreunde-Verband, Jugendverbänden und den Parteien DieLinke, SPD und DKP. Sie sorgen für die gewollte breite politische Zusammensetzung der Mitträgerinnen und Träger des Projekts. **pcw.**

Weitere Informationen und Auskünfte über die Gingold-Erinnerungs-Initiative – auch für Mitwirkungs-Interessierte – erhältlich bei Peter Christian Walther, E-Mail: pc.walther@t-online.de oder telefonisch unter (069) 70795906.

CDU-Politiker sieht NPD auf dem Rückzug

Neuer Innenminister haut lieber gegen links...

Der neue hessische Innenminister Boris Rhein (CDU), Nachfolger des zum hessischen Ministerpräsidenten avancierten Volker Bouffier, verkündete kurz nach seinem Amtsantritt in einem Interview (FAZ vom 26.9.2010), »der Linksextremismus« sei »viel zu lange verharmlost worden«.

Man müsse jetzt »mit voller Härte gegen den militanten Linksextremismus vorgehen«. Und damit auch jeder weiß, was für Minister Rhein alles zum »Linksextremismus« gehört, widmet er sich im nächsten Satz sogleich

der Linkspartei, die »Ziele vertritt, die mit unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren sind«. Konkrete Belege dafür nannte der Minister nicht. Stattdessen verweist er beispielsweise auf die »Antikapitalistische Linke«, die in dieser Partei »einen sehr starken Einfluss« ausübe.

Solchermaßen antikapitalistische Positionen für verfassungswidrig erklärt – obwohl die Verfassung dem Kapitalismus keinen Verfassungsrang gibt, sondern im Gegenteil Vergesellschaftung und Sozialisierung ausdrücklich zulässt –, bewertet der Minister im

gleichen Interview die NPD als ungefährlicher. »Die NPD nimmt an Bedeutung ab«, heißt es da bei Minister Rhein.

Die immer noch sehr aktiven Neonazis in Hessen – von denen drei zur Zeit (im Oktober) wegen gemeinschaftlich versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung in Limburg vor Gericht stehen – dürfen sich über die ministerielle Verharmlosung freuen. Minister Rhein befasst sich »verstärkt« lieber mit dem, was er unter »Linksextremismus« versteht. Für umfassende Bekämpfung von Neonazis bleibt da wenig Zeit und Kraft. **P. C. Walther**

Beispiele für Erinnerungsarbeit
**Neue Ausstellungen
in Frankfurt**

Über die Vergangenheit des Frankfurter Polizeigefängnisses Klapperfeld, das zur Nazizeit Gestapo-Gefängnis war, informiert vor Ort eine Ausstellung, die von der alternativen Künstlerinitiative »Faites votre jeu« erstellt wurde. Die Initiative hat ihr Domizil in dem ehemaligen Gefängnisbau aufgeschlagen. An gleicher Stelle ist die Sonderausstellung Verfolgte Frauen des Studienkreises Deutscher Widerstand und der Lagergemeinschaft Ravensbrück zu sehen.

Im Frankfurter Schauspielhaus findet seit September eine Vortragsreihe über verfolgte jüdische Künstler statt.

Die Ausstellung »Was damals Recht war...«, die sich mit der Militärjustiz zur Nazizeit und mit ihren Opfern befasst, kommt im nächsten Jahr vom 2. Mai bis 11. Juni in das Frankfurter Karmeliterkloster.

pcw.

Das Arbeitserziehungslager Breitenau (1940-45)

Wichtige Dissertation veröffentlicht



Das Benediktinerkloster Breitenau in Guxhagen in den 1930er-Jahren. Hier richtete die Gestapo 1940 ein Straflager für ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ein.

Bild: Gedenkstätte Breitenau

Manchmal dauert es sehr lange, bis verdienstvolle Arbeiten dem interessierten Leser zur Verfügung stehen. So ging es auch der Doktorarbeit von Gunnar Richter über das Arbeitserziehungslager Breitenau. Schon 2004 vorgelegt standen erst jetzt die Mittel zur Verfügung, um diese gut 600 Seiten starke Arbeit als Buch herauszugeben. Mitte Juni dieses Jahres hat der Verlag Winfried Jenior diesen Schritt gewagt – und man darf sagen, es hat sich gelohnt.

Gunnar Richter beschreibt in seiner Dissertation die Geschichte des Arbeitserziehungslagers Breitenau, das im Mai 1940 von der Geheimen Staatspolizeistelle Kassel auf dem Gelände des ehemaligen Benediktinerklosters und späteren Arbeitshauses Breitenau in Guxhagen eingerichtet wurde und bis zum Kriegsende bestand. Es handelte sich dabei vor allem um ein Straflager für ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die sich dem Arbeitseinsatz widersetzt hatten. Es war gleichzeitig auch die zentrale und wichtigste Haftstätte der Gestapo Kassel für deutsche und ausländische Gefangene, die aus ideologischen Gründen verfolgt worden waren. Etwa 7000 ausländische und mehr als 1300 deutsche Gesta-

po-Gefangene aus dem Regierungsbezirk Kassel und aus Thüringen waren im Verlauf des Zweiten Weltkrieges dort inhaftiert. Etwa ein Viertel der Gefangenen waren Frauen, und es war das erste Arbeitserziehungslager, in das Frauen eingewiesen wurden.

In seiner Einführung geht der Autor noch einmal auf die „Wiederentdeckung“ des Lagers ein, das viele Jahrzehnte in der Öffentlichkeit erfolgreich verdrängt worden war. Dabei zeigen auf der anderen Seite Richters Ausführungen über die Rolle und Arbeit der Gestapo Kassel, welche Bedeutung dieser Haftort im System des faschistischen Terrors besaß. In dieser Dokumentation werden – immer wieder bezogen auf das Schicksal einzelner Verfolgten die Struktur des Lagers, die Haft- und Lebensbedingungen oder die Strafmaßnahmen dargestellt. Deutlich wird, dass auch das Arbeitserziehungslager (AEL) den ideologischen Vorgaben der faschistischen »Volksgemeinschaft« folgte, so dass nicht nur Menschen wegen unzureichender Arbeitsleistung, sondern politische Gegner, Christen verschiedener Kirchen und jüdische Gefangene zwischen 1940 und 1945 in Breitenau waren. In dem Buch werden an knapp zwanzig Fällen die Morde an Gefangenen dokumentiert sowie die

Deportationen in die verschiedenen Konzentrationslager.

Besonders hervorzuheben ist der umfangreiche Schlussteil, der sich mit der Nachkriegszeit beschäftigt. Dabei geht es dem Autor nicht nur um Nachnutzung des historischen Ortes als Landesarbeitsanstalt und als Mädchenerziehungsheim, sondern vor allem um den Umgang mit dem Tätern und Mittätern. Dabei bezieht er die vorhandene Forschung zum Gestapostellenleiter Franz Marmon ein, dem Anfang der 50er Jahre der Prozess gemacht wurde, der jedoch 1952 als freier Mann das Gericht verlassen konnte. Zum gesellschaftlichen Umgang mit diesem Ort gehört auch das Verhältnis zu den überlebenden Verfolgten. Erst mit der Errichtung der Gedenkstätte kann man von einem würdigenden Verhältnis zu diesen Opfern faschistischen Terrors sprechen.

Es ist zu wünschen, dass diese Arbeit, die bislang nur in elektronischer Form Spezialisten zur Verfügung stand, nun auch als Buch einen breiten Leserkreis findet.

Ulrich Schneider

G. Richter: Das Arbeitserziehungslager Breitenau (1940-1945). Ein Beitrag zum nationalsoz. Lagersystem Straflager, Haftstätte und KZ-Durchgangslager der Gestapo Kassel. 600 S., Kassel 2010, 25 Euro

»Neofaschismus in D«
Ausstellung erhältlich



Die hervorragend neu gestaltete Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« kann ab sofort ausgeliehen werden. Der Versand der 26 vierfarbigen Tafeln im Format DIN A1 erfolgt in einer Transportkiste, Gewicht 24 kg. Die Ausleihgebühr beträgt 100 Euro pro Woche. Zu bestellen bei der VVN-Geschäftsstelle, Rolf Heinemann, Tel.: (06195) 900846 oder Handy (0160) 99736377, E-Mail: vvn-bda-ffm@web.de.

Weltliteratur in Wolfsburg

Vietnamesischer Autor bei VVN-BdA und Bibliotheksgesellschaft



Der vietnamesische Autor Nguyen Huy Thiep (Mitte) liest aus seinem Buch »Der pensionierte General«. Neben ihm Prof. Günter Giesenfeld (rechts) und der Übersetzer Ngu Thieu. Bild: Giovan Marazza

Es war kein alltäglicher Gast, der der Stadtbibliothek Wolfsburg im September einen Besuch abstattete: Der vietnamesische Autor Nguyen Huy Thiep las aus seinem erstmals auf deutsch erschienenen Buch »Der pensionierte General«.

In ihrer Einführung wies Mechtild Hartung als Einladende auf die Bedeutung der Völkerverständigung hin. Gut 30 Zuhörer/innen

konnten zwei der in Vietnam viel diskutierten Kurzgeschichten hören und wurden vom Autor selbst mit der spannenden Literaturdiskussion in dem fernöstlichen Land bekannt gemacht. Nguyen Huy Thiep ist der wichtigste Repräsentant einer neuen, jungen und experimentell orientierten Literatur. In seinen Erzählungen thematisiert er die Grundwidersprüche, die heute in Vietnam das Leben der Menschen prägen: Stadt und Land, Tra-

dition und Moderne, revolutionäre Moral und Kommerz.

Der Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam, Günter Giesenfeld, Professor für Neuere deutsche Literatur und Medien an der Philipps-Universität Marburg, gab einen Einblick in die neuere vietnamesische Geschichte und trug so zum besseren Verständnis der in Vietnam ablaufenden Diskussionen bei.

VVN-BdA Wolfsburg

Neue Biographie erzählt aus dem Leben einer hannoverschen Arbeiterfamilie

Peter Dürrbeck portraitiert das Leben seiner Eltern Karl und Herta

Ein biographischer Bericht der kommunistischen und antifaschistischen Familie von Karl und Herta Dürrbeck ist soeben in Hannover im SchöneworthVerlag erschienen. Im Mittelpunkt steht eine Familie, die im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, in der Zeit des Faschismus und unter der Adenauer-Justiz verfolgt worden ist.

Herta Dürrbeck, die in den 1950er Jahren Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages war, saß von 1934 bis 1936 im Gerichtsgefängnis Hannover wegen ihres Widerstandes gegen die Nazis. 20 Jahre nach ihrer Haftentlassung musste sie im gleichen Gefängnis erneut antreten, weil sie als Abgeordnete mit ihren KPD-Landtagskollegen einen Artikel unterzeichnet hatte, der Jugendli-

che aufrief, trotz Polizeischikanen nach Berlin/Ost zum Deutschlandtreffen zu fahren. Das brachte ihr drei Monate Haft wegen Unterstützung der illegalisierten FDJ ein.

Im Jahre 1963 wurde sie erneut von der Adenauer-Justiz verurteilt. Man unterstellte ihr und drei weiteren Frauen, nach dem Verbot der KPD 1956 bis zur Auflösung des Demokratischen Frauenbundes in der Bundesrepublik 1957 die Arbeit der illegalen KPD fortgesetzt zu haben. Verurteilt zu einem Jahr Gefängnis musste sie daraufhin die verhängte Strafe im Frauengefängnis Vechta sowie im Gefängnislazarett Lingen an der Ems absitzen.

Im Vorwort schreibt Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN-BdA: »Der besondere Reiz liegt darin, dass hier nicht wissen-

schaftlich distanziert über diese beiden Personen geschrieben, sondern dass ein Familienmitglied, der Sohn, der mit den politischen und gesellschaftlichen Idealen der Eltern übereinstimmt, seine Sicht auf diese Menschen, ihr Handeln und ihr Schicksal nachzeichnet.«

Herta Dürrbeck und ihr späterer Lebensgefährte Fritz Maiwald waren beide bis zu ihrem Tode aktiv in der Initiativgruppe für die Rehabilitation der Opfer des Kalten Krieges.

Karl und Herta Dürrbeck - Aus dem Leben einer hannoverschen Arbeiterfamilie. Aufgeschrieben von Peter Dürrbeck. SchöneworthVerlag Hannover, ISBN 978-3-9811060-2-2. Das Buch ist u.a. in Göttingen im Buchladen Rote Straße (Nikolaikirchhof 7) zum Preis von 10 Euro erhältlich.

Bündnisse nutzen

Was hat VVN-BdA mit »Ramadan« zu tun?

Was haben wir mit Ramadan zu tun? Ganz einfach: Die VVN ist gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung. So hat sie in Wolfsburg die Ramadanfeier mit organisiert. Am Tisch saßen die Einladenden des Wolfsburger Integrationsreferats mit Vertretern vieler moslemischer Organisationen und Vereine aus Indonesien, Thailand, Tunesien, Vietnam und der Türkei. Es entstanden interessante neue Kontakte und Erfahrungen. Die Muslime beschlossen als »gute Tat« in diesem Jahr ihre Geldspende den im Asylbewerberheim lebenden Flüchtlingskindern zukommen lassen. Dort war die Freude groß! Am Abend der Ramadanfeier hatte die VVN-BdA einen kleinen Informationsstand aufgebaut und machte in Einzelgesprächen unsere Organisation bekannt.

Mechthild Hartung



»VVN-BdA« auf arabisch. juha

Artikel für die **antifa**-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Redaktion: Michael Rose-Gille

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

VVN-BdA Hameln-Pyrmont:

**Agnes Miegel - eine
Nazi-Dichterin?**

Aufklärung über Führer-Verehrerin

**Referent:
Antifa-Aktion Erftstadt
(angefragt)**

am
**Donnerstag,
18. November
um 19 Uhr**

in der
**Sumpflume, Kleiner
Veranstaltungssaal,
Stockhof 2a, Hameln**

In vielen westdeutschen Städten gibt es Straßen und Wege, die nach Agnes Miegel benannt wurden, wie der Miegelweg in Hameln. In Bad Nenndorf ist sogar eine Agnes-Miegel-Gesellschaft tätig.

Miegels Einstellung wird deutlich an ihren glorifizierenden Hymnen auf Adolf Hitler (unter anderem in dem Gedicht »An den Führer« aus dem Jahr 1938) und an ihrer Hinwendung zu Blut-und-Boden-Themen. In ihren »Weiheversen – Dem Schirmer des Volkes« huldigte sie Hitler mit folgenden Worten: »Laß in deine Hand, Führer, uns vor aller Welt bekennen; Du und wir, nie mehr zu trennen, stehen ein für unser deutsches Land.«

Wer war diese bekennende Verehrerin Adolf Hitlers? Und welche Rolle spielte sie nach der Befreiung 1945? Und: Das Agnes-Miegel Denkmal in Bad Nenndorf?

Mitglieder von neofaschistischen Parteien, Organisationen und Zusammenschlüssen sowie Personen, die uns als Teilnehmerinnen und Teilnehmern von neofaschistischen Veranstaltungen und Aufmärschen bekannt sind, erhalten zu dieser Veranstaltung keinen Zutritt.

Leben im Verborgenen

Illegalisierte Menschen mitten unter uns

Aus Anlass des Antikriegstages begrüßte Mechthild Hartung etwa 30 Interessierte im Namen der VVN-BdA Wolfsburg, der Flüchtlingshilfe Wolfsburg und der SJD Die Falken.

Den Mitgliedern dieser drei Organisationen geht es gleichermaßen um Antimilitarismus, um Humanität, Antirassismus und Schutz der Menschen vor Diskriminierung, vor Abschiebung und Verelendung, Schutz vor Rechtlosigkeit. Kriege erzeugen Flüchtlingsströme – die Flüchtlinge zu schützen und sie nicht zu illegalisieren, ist eine historische Pflicht.

So wie vor dem Hitlerfaschismus politisch verfolgte Menschen aus Deutschland fliehen mussten, so treiben Krieg und Hunger auch heute Menschen aus anderen Ländern zu uns. Die Lehre aus der verbrecherischen Nazizeit muss heute heißen: Schutz den Menschen, die bei uns Schutz suchen. Auch die UN-Charta und das Grundgesetz

waren eine Reaktion auf die Nazibarbarei. Richtschnur soll für uns Art. 1 der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« sein: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.«

Wie weit wir davon entfernt sind, erfahren die Anwesenden von zwei Frauen aus Hannover, die in einem von der Stadt unterstützten Projekt illegalisierte Flüchtlinge beraten und unterstützen. Alles für uns Selbstverständliche ist für Menschen ohne Papiere ein riesiges Problem: Wohnen, Schule, Ausbildung, Arbeit, Gesundheitsversor-



Kein Mensch ist illegal! Bild: Mechthild Hartung

– einfach alles – denn sie müssen unsichtbar leben. **MH**

Käthe Kollwitz und Heinrich Vogeler halfen mit Rote-Hilfe-Kalender für 2011

Die Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Hannover hat einen Monatskalender mit zwölf kolorierten Grafiken hergestellt. Jedes Blatt stellt eine Frau vor, die aktiv in der Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiterhilfe tätig war.

Zu den Grafiken finden sich auf den Rückseiten die Biografien der Abgebildeten. Dazu werden zwölf weitere Frauen vorgestellt, die in der Auseinandersetzung mit den Staatsapparaten ihrer Heimatländer bekannt wurden. Einige ließen dabei ihr Leben.

Der Kalender ist zugleich eine Einführung in die Geschichte der Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiterhilfe. Wer erfährt heute noch, dass Käthe Kollwitz eine Unterstützerin der Kinderheime der Roten Hilfe war und schon 1924 gemeinsam mit Heinrich Vogeler Zeichnungen für die Internationale Rote Hilfe und die Rote Hilfe Deutschland anfertigte?

Aber es werden nicht nur die Prominenten benannt und skizziert, sondern auch einige von denen, die bis in die jüngste Zeit für die Benachteiligten eingetreten sind. Zum Beispiel: Elfriede Kautz aus Hannover, die 1963 in der Bundesrepublik ein Jahr im Gefängnis in Vechta saß, weil sie »Frohe Ferien für Kinder« organisierte und auch mit Kindern in die DDR gefahren war. Bis ins hohe Alter war sie auch in der Roten Hilfe in Hannover aktiv.

Dabei tabuisieren die Kalendermacher Karin und Reiner die unterschiedlichen Meinungen der Vorgestellten nicht. Sie stellen auf der Rückseite des Oktoberblatts die Professorin der Karl-Marx-Parteienschule Frida Rubiner vor und Ulrike Meinhof, die ihr Leben im Hochsicherheitstrakt der JVA Stammheim lassen musste und deren Tod bis heute viele Fragen hinterlässt.

Selbst wenn die Betrachter/in-

nen bedenken, dass in der Bundesrepublik die Tätigkeit der Roten Hilfe verschwiegen wird, kommen bei den wenigen Benennungen über die Geschichte der Roten Hilfe meist nur Männer vor. Wer erfährt heute noch, dass Klara Zetkin die Präsidentin der Roten Hilfe war und Jelena Stassowa ihre Stellvertreterin? Oder, dass Jelena Stassowa 1938 alle ihre Funktionen aufgeben musste, erst 1953 rehabilitiert wurde und erst 1956 den früher verliehenen Leninorden zurück erhielt.

»Eigensinn – Mut – Solidarität – Widerstand« lautet der Untertitel auf dem Deckblatt, und in den Lebensbeschreibungen der 24 Frauen spiegelt sich das auch wider. Dieser Kalender ist lesenswert und eben mehr als ein Kalendari-um.

Der Kalender hat das Format A3, kostet 10 Euro und kann per E-Mail an hannover@rote-hilfe.de bestellt werden.